

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

**DER BUNDESMINISTERIN
FÜR KLIMASCHUTZ, UMWELT, ENERGIE,
MOBILITÄT, INNOVATION UND TECHNOLOGIE
DER REPUBLIK ÖSTERREICH**

UND

**DES BUNDESMINISTERS
FÜR WIRTSCHAFT UND KLIMASCHUTZ
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

IN BEZUG AUF

**DIE GEWÄHRLEISTUNG
DER GASVERSORGUNGSSICHERHEIT**

Wir verurteilen entschieden den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die Gräueltaten der russischen Streitkräfte. Russland hat die UN-Charta und die Grundprinzipien des Völkerrechts auf das Schwerste verletzt. Wir fordern Russland auf, den von ihm entfesselten Krieg zu beenden und seine Truppen unverzüglich und bedingungslos aus der Ukraine abzuführen. Aufgrund des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine kann es auch in zentralen Politikbereichen wie der Klima- und Energiepolitik kein „Business as usual“ mit Russland geben.

Die Bewältigung der Klima- und Energiekrise ist unerlässlich für die Zukunft Europas und erfordert gemeinsames Handeln. Wir arbeiten gemeinsam daran, unsere Abhängigkeit von russischen Energieträgern, insb. Erdgas, so schnell wie möglich zu überwinden, um unsere Energiesicherheit und Resilienz zu stärken. Eine beschleunigte Energiewende, einschließlich des massiven Ausbaus erneuerbarer Energien, der Stärkung unserer Energieeffizienz sowie des beschleunigten Markthochlaufs von grünem Wasserstoff ist entscheidend, um unser Ziel der Klimaneutralität (Jahr 2040 für Österreich und Jahr 2045 für Deutschland) sowie in der Europäischen Union bis zum Jahr 2050 zu erreichen und unsere Energiesicherheit zu stärken.

Angesichts der schwerwiegenden Folgen des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges auf die europäischen Energiemärkte, bringen wir unser starkes Bekenntnis für die Gewährleistung der Energiesicherheit Europas und unserer beiden Länder zum Ausdruck.

Wir sind zutiefst besorgt darüber und verurteilen, dass Russland Energie- und insbesondere Erdgaslieferungen an die EU- als politische Waffe einsetzt, um die gemeinsame Position der EU hinsichtlich der Solidarität mit der Ukraine zu schwächen und wirtschaftliche Schäden anzurichten. Selbst wenn sich die Energieversorgungssituation in den kommenden Wochen und Monaten in unseren beiden Ländern und der EU verschärfen sollte, werden wir zusammenhalten – dies gilt für uns im bilateralen Verhältnis, für unsere Solidarität innerhalb der EU-27 und für unsere Unterstützung gegenüber der Ukraine.

Solidarität und europäische Zusammenarbeit sind die Gebote der Stunde im Falle einer Gasverknappung. Deutschland und Österreich waren unter den ersten EU-Mitgliedstaaten, die ein Solidaritätsabkommen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung auf Basis der SoS-VO abgeschlossen haben. Sollte es zu einer schweren Gasmangellage kommen, werden sich Deutschland und Österreich gegenseitig und im Sinne der Solidarität unterstützen. Das beinhaltet auch die Sicherstellung von Durchleitungsrechten im Fall einer Gasmangellage, sofern dem technische oder sicherheitstechnische Gründe nicht entgegenstehen.

Wir arbeiten intensiv am Abschluss weiterer Solidaritätsabkommen mit unseren europäischen Nachbarstaaten und rufen alle EU-Mitgliedstaaten zum Abschluss sämtlicher ausstehender Solidaritätsabkommen schnellstmöglich und wenn möglich noch vor Oktober 2022 auf.

Wir bekräftigen, dass die Diversifizierung unserer Energieversorgung ein wichtiger Baustein ist, um uns aus der Abhängigkeit von russischen Energieimporten zu lösen. Hierfür ist ein koordiniertes Vorgehen auf EU-Ebene wichtig. Ein Instrument dafür kann die EU-Energy Platform sein. Diese sollte so rasch wie möglich operationalisiert werden, um Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis insbesondere bei der Beschaffung von Gas aus anderen Bezugsquellen zu unterstützen.

Deutschland investiert massiv in den Aufbau einer LNG-Infrastruktur. Österreichische Unternehmen sind eingeladen, sich an entsprechenden Kapazitätsausschreibungen zu beteiligen oder auch direkt Gespräche mit deutschen Unternehmen über neue FSRU-Projekte aufzunehmen. Deutschland und Österreich bekennen sich dazu, die bestehende Transportinfrastruktur zwischen den beiden Ländern optimal zu nutzen und wo notwendig, unter Vermeidung von fossilen Lock-in-Effekten und unter der Voraussetzung der Nutzbarkeit für grünen Wasserstoff zu ertüchtigen. Bei dem Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft wollen wir zusammenarbeiten, aufbauend auf der bereits engen Kooperation im Energiebereich.

Österreich verfügt über sehr große Erdgasspeicher. Die Speicher 7 Fields und Haidach sind auch direkt an das deutsche Netz angeschlossen. Diese Speicher sind zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung für beide Länder von großer Bedeutung. Im Sinne unserer gemeinsamen europäischen Bemühungen, die Speicherbefüllung für die kommende Heizsaison möglichst rasch voranzutreiben, werden Österreich und Deutschland ein bilaterales Abkommen abschließen, das diese gemeinsamen Bemühungen zur Befüllung operationalisieren wird.

Neben all diesen notwendigen Schritten arbeiten wir mit aller Kraft daran, unsere nationalen, europäischen und internationalen Klimaziele zu erreichen. Wir werden daher sicherstellen, dass unsere Maßnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit unseren Klimazielen – insbesondere denen des Übereinkommens von Paris - im Einklang stehen, diese wo möglich unterstützen, jedenfalls keine neuen Abhängigkeiten von fossilen Brennstoffen schaffen und Lock-in-Effekte vermeiden.

Unterzeichnet in Wien, am 12. Juli 2022 in zwei Ausfertigungen in deutscher Sprache.

Die Bundesministerin
für Klimaschutz, Umwelt, Energie,
Mobilität, Innovation und
Technologie der
Republik Österreich

Leonore Gewessler, BA

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Klimaschutz
der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Robert Habeck